

Liechtensteins Not und Neuorientierung

Vor neunzig Jahren, am 2. August 1919, kündigte Liechtenstein den seit 1852 bestehenden Zollvertrag mit Österreich. Bis zum Zollanschluss an die Schweiz auf Anfang 1924 war das Fürstentum – in schwerer Zeit – ein eigenes Zollgebiet.

Von Hans Jakob Reich

Der Ausgang des Ersten Weltkriegs mit dem Zusammenbruch der Donaumonarchie hatte eine Neuordnung Europas und auch am Alpenrhein eine schwierige Suche nach politischer und wirtschaftlicher Neuorientierung zur Folge. Herausragende Aspekte dieses kontroversen Prozesses waren die Vorarlberger Anschlussbestrebungen an die Schweiz (vgl. dazu die Alvier-Folge in den W&O-Ausgaben vom 15. 5., 29. 5., 12. 6. und 19. 6. 2009) und die Hinwendung des Fürstentums Liechtenstein zur Schweiz. Sie führte 1921 zum Abschluss des Postvertrages, 1923 zum Zollvertrag und 1924 zur Währungseinheit. Die Weichen dazu stellte der liechtensteinische Landtag am 2. August 1919 mit dem einstimmigen Beschluss, den Zollvertrag mit Österreich aufzulösen.

1852: Anlehnung an Österreich

Das 1719 zum Reichsfürstentum erhobene Liechtenstein gehörte von 1806 bis 1814 als souveränes Mitglied dem Napoleonischen Rheinbund und von 1815 bis 1866 dem Deutschen Bund an, blieb wirtschaftlich aber völlig isoliert. Bestrebungen, sich dem Deutschen Zollverein anzuschliessen, liessen sich nicht verwirklichen, weil Österreich-Ungarn diesem nicht beitrug und es mit dieser Zollvereinigung somit keine gemeinsame Grenze gab. Als Möglichkeiten blieben somit nur entweder ein Zollanschluss an Österreich oder an die Schweiz. Die seit Langem engeren wirtschaftlichen Beziehungen zu Österreich und die Zugehörigkeit des Landesfürsten zum österreichischen Hochadel sprachen für Ersteres. Am 5. Juni 1852 schloss Liechtenstein mit Österreich einen Staatsvertrag ab, der den Einbezug des Fürstentums ins österreichische Zoll- und Steuersystem brachte.

Bald zeigten sich für die Bevölkerung Nachteile des Vertragswerks: Von den fünf Fähren über den Rhein etwa konnten vorerst nur zwei (Balzers und Bendorf) für den Warenverkehr benutzt werden, während die drei andern (Vaduz, Schaan und Ruggell) lediglich für den Personenverkehr zugelassen waren. Verschiedene Waren des täglichen Bedarfs wie Kaffee, Mehl, Brot und Zucker wurden teurer, und viele Liechtensteiner fühlten sich durch das Verhalten der österreichischen Finanzier schikaniert. Als 1863 über Vertragsänderungen verhandelt wurde, verlangte die Mehrzahl der Gemeinden in Petitionen einen Zollanschluss an die Schweiz. Der Landtag hatte hierfür aber kein Gehör, die Vergütungen Österreichs aus dem Vertrag waren zur Hauptstütze der Staatsfinanzen geworden: Sie machten in den ersten Jahren fast die Hälfte und in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg durchschnittlich etwa 70 Prozent der gesamten Staatseinnahmen aus.

Die günstigen Auswirkungen für den Staatshaushalt waren keineswegs der einzige Vorteil, den das Land aus der Anlehnung an Österreich zog. Die Beseitigung der Handelshindernisse gegenüber Österreich war ein wesentlicher Faktor für den wirtschaftlichen Aufschwung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ausserdem verstanden Schweizer Industrielle die Situation zu nutzen, was zugleich Arbeitsplätze ins Land brachte: «In den 1860er-Jahren griff die ostschweizerische Textilindustrie auf Liechtenstein über», schreibt der Historiker Roland Hilti. «Mit Fabriken im kleinen Land konnte die österreichische Schutzzollmauer, die auch den Import schweizerischer Textilien [in den riesigen



Vor 1919: Zollhäuschen mit zwei österreichischen Finanzwach-Oberaufsehern am «Ansaageposten Churerstrasse des Kaiserl. Kgl. österr. Fürstl. Durchl. Nebenzollamtes in Balzers» unter der Luziensteig. Liechtensteinisches Landesarchiv, Vaduz

Wirtschaftsraum Österreich-Ungarn] hemmte, umgangen werden.»

Einschneidende Folgen des Krieges

Obwohl Liechtenstein neutral blieb, hatte der Erste Weltkrieg für das Land katastrophale wirtschaftliche Folgen. Schon während des Krieges zeichnete sich der Verfall der in Liechtenstein gültigen österreichischen Krone ab. Hatte sie zu Kriegsbeginn noch einen Wert von Fr. 1.05, galt sie Ende 1918 nur noch 30 Rappen. Nach anfänglichen Sympathieumgebungen für Österreich wurde die Bindung an den Krieg führenden Nachbarn von der liechtensteinischen Bevölkerung zunehmend als Belastung empfunden. Zum Beispiel wurde die anfänglich durch die Schweiz sichergestellte Getreideversorgung ab 1916 von der Entente unterbunden, und die Zollerträge sanken massiv: von 232 602 Kronen 1914 auf noch 42 951 Kronen 1918.

Land in grosser Not

«Wir können uns heute kaum eine Vorstellung machen, in welcher Not unser Land damals gewesen ist», schreibt Otto Seger in einer eingehenden Untersuchung über die Entstehung des liechtensteinisch-schweizerischen Zollvertrages: «Die Industriebetriebe, sämtliche baumwollverarbeitend, mussten schon im Krieges schliessen, weil durch die Blockade der Alliierten keine Rohstoffe mehr erhältlich waren, die Lebensmittelversorgung bereitete grösste Schwierigkeiten, eine Arbeitsannahme in der Schweiz war so gut wie unmöglich geworden. Niemand konnte einen Ausweg aufzeigen, als sich die Niederlage der Mittelmächte abzeichnete. Dazu kam, dass die wirtschaftlichen Tendenzen unseres Landes nicht einheitlich waren. Das Unterland neigte mehr zu Österreich, waren doch viele seiner

Bewohner in Fabriken von Feldkirch und Umgebung beschäftigt, und der Feldkircher Wochenmarkt war mehrheitlich von liechtensteinischen Bauern besetzt, die dort ihre Produkte absetzten. Hunderte von Bauarbeitern des Oberlandes aber fanden als Saisonarbeiter ihre Beschäftigung in der Schweiz und weitere als Grenzgänger und Grenzgängerinnen in Betrieben der schweizerischen Nachbarschaft.»

Es gab auch offizielle Hilfe aus der Schweiz. Dem W&O vom 27. Januar 1919 ist folgende Meldung zu entnehmen: «Vom fürstlichen Regierungsvertreter in Vaduz wird mitgeteilt: Da im Gebiete des Fürstentums Liechtenstein verschiedene Lebensmittel sehr knapp sind und an manchen gar Mangel herrscht, hat sich die Regierung an die Schweiz um Belieferung des Landes mit Lebensmitteln gewendet. Die schweizerische Regierung hat in Bestätigung freundschaftlicher Gesinnung, im Einvernehmen mit den alliierten Mächten, dem Fürstentum Liechtenstein zugesagt, Lebensmittel in verhältnismässig gleicher Menge und unter gleichen Bedingungen, wie für Vorarlberg zu liefern. [...] In Betracht kommt der Bezug von Mehl, Fett und Reis. Liechtenstein wird dagegen der Schweiz Holz liefern.»

Einer knappen, aber den Umbruch der Zeit charakterisierenden Meldung im W&O vom 10. Januar 1919 zufolge reagierte auch der damals noch in Wien residierende Fürst auf die Not im Land: «Die demokratische Welle hat es vermocht, dass seine Durchlaucht der Fürst ein längst bitter nötiges Landespalast stiftet, nachdem er bisher seine Hand meistens für kirchliche Zwecke geöffnet hatte.»

Ansichts der ganz anderen heutigen Verhältnisse der Erinnerung wert ist, was die Zollkreisdirektion Chur im April 1920 in einem Gutachten

über die liechtensteiner Wirtschaft festhielt: «Den grössten Reichtum des Landes bilden die zahlreichen Alpen, welche die Grundbedingung für die beträchtliche Viehzucht sind. Auch die grossen und schönen Wälder liefern unter der sorgfältigen Oberaufsicht des Staates schöne Erträge, so dass das Land Nutz- und Brennholz ausführen kann. Daneben liefert es auch grosse Mengen Rietstreu aus den Rheinniederungen. Viele Liechtensteiner und Liechtensteinerinnen wandern jährlich aus, um als Maurer, Gipser, Waldarbeiter, Dienstmädchen etc. namentlich in der Schweiz ihr Brot zu verdienen und Ersparnisse zu machen. Andere gehen täglich in die Schweiz zur Arbeit.»

Uneinigkeit

Über den zukünftigen Weg Liechtensteins herrschte nach Kriegsende im Land zunächst Uneinigkeit. Im März 1918 fanden zum ersten Mal direkte Wahlen statt, bei denen sich die politischen Parteien Liechtensteins bildeten. Die Volkspartei, die im Oberland die Mehrheit errang, verlangte in ihrem Programm, bei einem allfälligen Abschluss von Handels-Zollverträgen sei nicht nur auf die Finanzen des Landes Rücksicht zu nehmen, sondern in erster Linie auf die Wirtschaft des Volkes. Demgegenüber postulierte vor den Wahlen eine vor allem im Unterland erfolgreiche «Reihe von Männern aus allen Schichten des Volkes» (man kann sie als Vorläufer der dann im November 1918 gegründeten Bürgerpartei verstehen) in einem ihrer Programmpunkte: «Beibehaltung des Zollvertrages mit Österreich.»

1919: Kündigung des Zollvertrages

Etwas mehr als ein Jahr später scheinen die Unterschiede zwischen Oberland und Unterland sowie zwischen den

Parteien keine entscheidende Rolle mehr gespielt zu haben: Am 2. August 1919 beschloss der Landtag einstimmig die Kündigung des Zollvertrages mit Österreich und damit die Hinwendung zur Schweiz. Im April zuvor hatte der Landesverweser Prinz Karl von Liechtenstein mit dem schweizerischen Bundesrat Kontakt aufgenommen mit dem Wunsch, «dass zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein Verträge abgeschlossen werden in Bezug auf Zoll, Post und Justiz, wie solche ehemals zwischen dem Fürstentum und Österreich bestanden». Und am 1. Mai 1919 hatte der Landtagsabgeordnete Wilhelm Beck, der treibende Initiator des Zollanschlusses an die Schweiz, die Zollkreisdirektion in Chur «zum Zwecke des Studiums dieser Fragen» um Detailauskünfte ersucht.

Eigenes Zollgebiet

Von 1919 bis zum Inkrafttreten des Vertrages auf Anfang 1924 bildete Liechtenstein ein eigenes Zollgebiet – derweil, wie der Historiker Peter Geiger es formuliert, auf den liechtensteinischen Ladentischen schon fröhlich der Schweizer Franken klimperte und immer seltener die österreichische Krone schpepperte. Bereits auf 1. Dezember 1919 traten im kleinen Grenzverkehr zwischen Liechtenstein und der Schweiz Erleichterungen in Kraft: Es wurde auf die Beibringung eines Leumundzeugnisses verzichtet, und der Grenzübergang war fortan auch an Sonntagen gestattet.

Eigene Grenzwaache

Otto Seger weist darauf hin, die Kündigung des Vertrages mit Österreich sei ein Wagnis gewesen, «denn aus der Schweiz war überhaupt noch keine offizielle Stellungnahme über die Frage des Zollanschlusses eingelangt». Als Liechtenstein am 1. September 1919 – auf Veranlassung der Vorarlberger Landesregierung – für Österreich zum Zollausland wurde, wurden die österreichischen Finanzer von der Grenze abgezogen, und es musste eine eigene, 16 Mann starke Grenzwaache aufgestellt werden. Dies sei, so Seger, «auf ganz merkwürdige Art» vor sich gegangen: «Eine Stellenausschreibung erfolgte nicht, sondern die beiden Landweibel [...] wurden beauftragt, geeignete Männer für den Dienst zu suchen und dann zu beaufsichtigen. Die Ausgewählten wurden ins Regierungsgebäude befohlen, wo sie der Landesverweser auf ihre Pflichten aufmerksam machte und zu gewissenhafter Dienstaussführung ermahnte. Zwei Blatt Papier mit den Zolltarifen in die Hand gedrückt, und es ging zum Dienst, ohne jede Schulung! [...] Es ist nicht zu verwundern, dass die Zollerträge in der ersten Zeit unserer Zollautonomie kaum nennenswert waren und dass es immer dringender wurde, zu einer dauerhaften Lösung zu gelangen.»

Auf dem Weg zur dauerhaften Lösung stellten sich den Liechtensteinern noch mannigfache Hindernisse in den Weg: die schwelende Vorarlberger Frage, ein – wie in der Vorarlberger Frage – zögernder Bundesrat und – wie in der Vorarlberger Frage – massiver Widerstand vor allem aus Buchs, wo man den Verlust des Transitbahnhofes mit samt den Zollämtern befürchtete.

Quellen und Literatur

PETER GEIGER, «Höher als der Buchser Kirchturm...» Abgrenzung und Anziehung zwischen Werdenberg und Liechtenstein, Beispiele aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts». – In: Werdenberger Jahrbuch 1991.

ROLAND HILTI, «Die Loslösung Liechtensteins von Österreich und der Zollvertrag mit der Schweiz 1923». – In: «Eidgenossen helfe euern Brüdern in der Not! Vorarlbergs Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten 1918–1922», Feldkirch 1990.

OTTO SEGER, «Fünfzig Jahre Zollvertrag Schweiz – Liechtenstein». – In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, 73. Bd., Vaduz 1973.

PAUL VOGT, «Brücken zur Vergangenheit», Hg. Schulamt des Fürstentums Liechtenstein, Vaduz 1990.

Werdenberger & Obertoggenburger der Jahre 1919–1923.



Ohne Schulung in Dienst gestellt: Vom Herbst 1919 bis Ende 1923 hatte Liechtenstein als eigenständiges Zollgebiet eine eigene, 16 Mann starke Grenzwaache. Liechtensteinisches Landesarchiv, Vaduz